



Mehr Parteien

Am 7. Mai finden in Großbritannien Unterhauswahlen statt. Das alte politische System scheint der Vergangenheit anzugehören. Weder Tories noch Labour können auf absolute Mehrheit hoffen. Von Graham Stevenson

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · MITTWOCH, 6. MAI 2015 · NR. 104 · 1,40 EURO / 47 CZK · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Farbwechsel

Ehemaliger PDS-Politiker Hakki Keskin wechselt zur »Patriotischen Partei« der Türkei

4

Dumpinglöhne

Hebammen protestieren bundesweit gegen prekäre Arbeitsbedingungen. Von Susan Bonath

5

Nationalparolen

Der polnische Präsidentschaftswahlkampf geht auf die Zielgerade. Von Reinhard Lauterbach

6

Rechtsblinker

Ungarns Ministerpräsident Orbán wirbt mit Law-and-order. Neofaschisten von Jobbik im Aufwind

7

Generäle sagen nein

»Soldaten für den Frieden«: Führungsspitze der ehemaligen DDR-Streitkräfte warnt vor Krieg. Kooperation statt Konfrontation mit Russland. Von Peter Wolter



Was haben US-Zerstörer vor Norwegens Küste zu suchen? NATO-Manöver »Dynamic Mongoose«, 4. Mai 2015

Etwa 100 Generäle der vor 25 Jahren aufgelösten Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR haben sich angesichts der Ukraine-Krise mit einem Friedensappell an die Öffentlichkeit gewandt. Unmittelbarer Anlass sind die Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus. Zu den Unterzeichnern gehören zwei ehemalige Verteidigungsminister, drei Generaloberste, 19 Generalleutnante sowie 61 Generalmajore sowie etliche Admiräle.

»Die Mehrheit der Unterzeichner hat noch den Zweiten Weltkrieg an der Front erlebt«, erklärte der frühere DDR-Verteidigungsminister Theodor Hoffmann am Dienstag in Berlin bei der Vorstellung des Aufrufs »Soldaten für den Frieden«. »Wir Militärs wissen sehr gut, dass Krieg kein Mittel der Politik sein darf, von unserer Erfahrung her können wir sehr gut die Folgen für ganz Europa einschätzen.« Die militärische

Stärke des Warschauer Vertrags habe mit dafür gesorgt, dass aus dem kalten Krieg kein heißer geworden sei. Seit der Auflösung des Bündnisses akzeptiere der Westen aber immer häufiger militärische Stärke als Mittel der Politik – Beispiele seien die diversen Kriege um den Irak, auf dem Balkan, in Afghanistan, Libyen und anderswo. »In der einen oder anderen Form war auch die deutsche Bundeswehr an all diesen Kriegen beteiligt«, sagte Hoffmann, der zuletzt den Rang eines Admirals bekleidete. »Sie hat Aufklärungsaufgaben übernommen, Daten ausgetauscht und sogar bei der Luftbetankung von Kampfflugzeugen geholfen.« Das widerspreche der Vereinbarung des früheren Bundeskanzlers Helmut Kohl mit dem damaligen DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf.

Angeführt von den USA seien die NATO-Länder jetzt zum kalten Krieg

zurückgekehrt und begründeten dies mit der angeblichen Aggressivität Russlands, sagte Hoffmann weiter. Die meisten Unterzeichner des Aufrufs hätten allerdings ganz andere Erfahrungen mit diesem Land gemacht, etliche hätten auch dort studiert. »Die Erfahrung lehrt uns, dass es besser ist, die Russen zum Freund und nicht zum Feind zu haben.« Die wichtigsten Probleme der Gegenwart ließen sich auch nur in Zusammenarbeit mit Russland lösen.

Der Aufruf soll nicht nur allen Bundestagsabgeordneten, sondern auch den wichtigsten Botschaften, einschließlich denen der NATO-Staaten, zugestellt werden. Der Text wurde schon in russischer Sprache anlässlich einer Festveranstaltung in Moskau Angehörigen der früheren Sowjetarmee übergeben, am 9. Mai soll er in Prag einer Bürgerkundgebung überreicht werden. Die Initiatoren des Aufrufs und zahlreiche seiner Unterzeichner wollen an diesem Datum

Kränze an den Ehrenmälern für gefallene Sowjetsoldaten in Berlin-Treptow und -Tiergarten niederlegen.

Begrüßt wurde der Aufruf von dem CDU-Politiker Willi Wimmer. »Die Angehörigen der Nationalen Volksarmee gehörten als Speerspitze der Streitkräfte des Warschauer Pakts zu denen, die die Folgen einer militärischen Auseinandersetzung in Europa und damit in Deutschland beurteilen können«, erklärte der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium in einer Stellungnahme. »Es zeichnet die Verfasser aus, dabei die historische Entwicklung und die daraus resultierende Verpflichtung deutlich anzusprechen. (...) Das bis heute fortdauernde Elend in Europa, das durch zwei Weltkriege hervorgerufen worden ist, verpflichtet alle Völker und Staaten zu guter Nachbarschaft und friedlichem Handel.«

■ Siehe Seite 3

Tschechien gedenkt Prager Aufstand

Prag. Mit einer Gedenkfeier hat Tschechien an die Toten des Prager Aufstands gegen die faschistischen Besatzer vor 70 Jahren erinnert. Politiker legten am Dienstag vor dem Rundfunkgebäude in Prag Kränze nieder. Von dort war am 5. Mai 1945 um 12.33 Uhr der Aufruf zu der Erhebung gegen die Nazis ausgegangen. Im Beisein von Zeitzeugen wurde eine neue Gedenktafel enthüllt, welche die Namen von 81 erst jetzt identifizierten Opfern der Kämpfe auflistet. Bei den blutigen Straßenkämpfen um die Moldau-Metropole kamen nach Schätzungen von Militärgeschichtlern mehr als 2.800 Tschechen, Deutsche und Russen ums Leben. Am 9. Mai 1945 zog die Rote Armee in Prag ein.

(dpa/iw)

Demoverbot für G-7-Gipfel



Elmau. Beim Gipfeltreffen von sieben Staats- und Regierungschefs auf Schloss Elmau vom 7. bis 8. Juni gibt es einen großräumigen Sicherheitsbereich, der nicht betreten werden darf. Das Verbot tritt bereits am 30. Mai in Kraft und endet am Tag nach dem Spitzentreffen, wie das Landratsamt Garmisch-Partenkirchen am Dienstag mitteilte. Demonstrationen ist damit der Zutritt zum Veranstaltungsort komplett untersagt. Der Sicherheitsbereich entlang der Zufahrtsstraße zum Schloss ist nach einem der Allgemeinverfügung beigelegten Plan etwa acht Kilometer lang und zwischen 1.000 und 3.000 Metern breit. Die Veranstalter eines Sternmarsches schrieben am Dienstag an das Landratsamt, dass sie »auf dem Recht beharren, in Hör- und Sichtweite des Tagungsortes der G 7 zu protestieren«. Genau dies soll offenkundig verhindert werden.

(dpa/iw)

Hetze gegen Lokführergewerkschaft

Zweiter Streiktag bei Bahn AG: Wirtschaft beklagt Verluste, Politiker fordert Zwangsschlichtung

Die deutschen Medien, Politiker – und selbst Gewerkschaften – kannten am Dienstag fast unisono nur einen Schuldigen an der Eskalation des Tarifkonflikts zwischen Lokführergewerkschaft und der Deutschen Bahn AG. Sein Name: Claus Weselsky. Das *Handelsblatt* verbreitete am Dienstag auf drei Seiten, wie der Arbeitskampf der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) um Lohnerhöhungen und Arbeitszeitreduzierung für alle ihre Mitglieder »die Wirtschaft« bedrohe. Die deutschen Unternehmen müssten

mit einem Schaden in Höhe von 500 Millionen Euro rechnen.

Wie existentiell der Arbeitskampf für die Gewerkschaft ist, zeigen die insbesondere von Unionspolitikern erhobenen Forderungen nach einem schnellen Durchpeitschen des von SPD-Arbeitsministerin Andrea Nahles vorgelegten Entwurfs des Tarifeinheitsgesetzes. Dieses würde kleineren Gewerkschaften faktisch ihr im Grundgesetz garantiertes Recht auf Durchsetzung der Interessen ihrer Mitglieder mittels Streik nehmen.

Am Dienstag begann der Ausstand im Personenverkehr. Er soll erst Sonntag morgen um 9 Uhr enden. Die GDL will damit unter anderem eine Schlechterstellung der Lokrangierführer verhindern. Einer GDL-Presserklärung vom Dienstag nachmittag zufolge sollen 2.500 der insgesamt 3.100 Lokrangierführer bei der Deutschen Bahn »weiterhin nur als billiger Jakob mit schlechten Arbeitszeitregelungen entlohnt werden«. Nur wenn die GDL dies akzeptiere, könnte das Entgelt laut Angebot der Deutschen Bahn »um 3,5 Prozent für 30 Mo-

nate erhöht werden«. Der Konzern versuche offenbar mit Taktierereien wie dieser eine Einigung »bis zum Inkrafttreten des Tarifeinheitsgesetzes« im Juli hinauszuzögern. Politiker forderten am Dienstag eine Zwangsschlichtung des Konfliktes – und damit einen weiteren Eingriff in das Streikrecht. So sprach sich der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Michael Fuchs (CDU), gegenüber *Bild* für die Einführung eines gesetzlichen Schlichtungsverfahrens im Bahn- und Luftverkehr aus.

Jana Frielinghaus

jw wird herausgegeben von 1642 Genossinnen und Genossen (Stand 21.4.2015)

www.jungewelt.de/lpg

Tschechische Republik: 47 CZK

